

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pppn d

Inhalt

Egon Lutz MdB bewertet
Blüms Reform im Gesund-
heitswesen: Bestrafung der
Patienten.

Seite 1

Horst Peter MdB ruft dazu
auf, die Lafontaine-Diskus-
sion zu überwinden: Richtige
Fragen jetzt beantworten.

Seite 3

Wolf-Michael Catenhusen
MdB weist auf den Wett-
lauf um die Entschlüsselung
der Erbanlagen hin: Das Ge-
schäft mit den Genen.

Seite 5

Anke Fuchs MdB zum Tod
von Lotte Lemke: Die Arbei-
terwohlfahrt war ihre Le-
bensaufgabe.

Seite 6

43. Jahrgang / 75

20. April 1988

Blüms Patienten-Bestrafungsaktion

Anmerkungen zur Bonner Reform des Gesundheitswesens

Von Egon Lutz MdB

Man faßt es kaum: da tritt der Bundesarbeitsminister Norbert Blüm glückstrahlend vor die Mikrofone und verkündet stolz dem Publikum, man habe sich in der Männerfreundschafts-Runde des Bundeskanzlers über die Eckwerte der Kostendämpfung im Gesundheitswesen geeinigt. Ein strahlender Held also? Weit gefehlt, hier trat ein Ritter von der traurigen Gestalt vor die Öffentlichkeit. Denn was die Runde ausgekaspert hat, verdient ein vernichtendes Urteil: wieder einmal wird eine „Reform“ auf dem Rücken der Versicherten ausgetragen. Schlimmer noch: nicht die Versicherten, sondern die Kranken werden kräftig zur Ader gelassen. Das ändert an der Kostenexplosion im Gesundheitswesen nichts - aber es verlagert die Lasten hin zu den finanziell Schwächeren des Systems.

Greifen wir die wichtigsten Beschlüsse der Kanzler-Runde heraus:

- o Das Sterbegeld wird für jüngere Versicherte total gestrichen. Für die Älteren gibt es eine Übergangsregelung, da werden noch 2.300 Mark gezahlt.
- o Für Arzneimittel werden Festbeträge bezahlt, die sich am preisgünstigsten Medikament orientieren. Wer auf Rat des Arztes ein teureres Medikament benötigt, muß die Differenz selbst bezahlen. Wo noch keine Festbeträge festgelegt sind, wird eine Selbstbeteiligung der Versicherten von drei Mark je Medikament, ab 1992 ein noch festzulegender Prozentsatz erhoben.
- o Bei Zahnersatz zahlen die Kassen künftig nur noch 50 Prozent der Kosten, falls sie nicht differenzierte Beträge zwischen 40 und 60 Prozent als ihre Leistung festlegen.
- o Bei Fahrten zur ambulanten Behandlung im Krankenhaus wird eine Eigenleistung von 20 Mark vom Versicherten verlangt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtung
des Verlegers
Rechtliche Hinweise



- o Die Zuschüsse zu Heil- und Hilfsmitteln, Hörgeräten und Brillen werden drastisch gekürzt. Brillengestelle und orthopädische Einlagen werden nicht mehr bezahlt.
- o Ins Krankenhaus darf nur noch eingewiesen werden, wer ambulant nicht mehr behandelt werden kann.
- o Bei Auslandsaufenthalten in der Schweiz, USA, Kanada, Osteuropa, Mittel- und Südamerika, Asien, Afrika und Australien werden Behandlungskosten von den Kassen nicht mehr erstattet.
- o Bei offenen Bedekuren zahlen die Kassen künftig nur noch 15 Mark (bisläng 25 Mark je Tag).
- o Für Kranke wird der Tatbestand der Teilarbeitsfähigkeit eingeführt.

Soweit Blüms Horrorliste. Es fällt auf, daß einer der größten Kostenverursacher, die Pharmaindustrie mit ihrer Preisgestaltung völlig ungeschoren bleibt. Auch in der Frage der Kostendämpfung im Krankenhausbereich (immerhin ein Drittel der Gesamtaufwendungen im Gesundheitswesen) hat man sich noch nicht verständigt. Hier wird wohl (und das mag nicht wenige Kommunalpolitiker freuen) nichts oder kaum etwas geschehen, der Widerstand der Länder ist zu groß.

Die mit viel Trara angekündigte Pflegeversicherung ist zu einem Mäuslein geschrumpft. Ab 1989 sollen die Krankenkassen während des Erholungsurlaubs der Pfleger Schwer- und Schwerstbehinderter eine Ersatzpflegekraft stellen. Ab 1991 sollen sie pro Monat 25 bezahlte Pflegeeinsätze (pro Einsatz 30 Mark) bezahlen. Oder, wenn der Schwerstbehinderte von Verwandten und Bekannten gepflegt wird, 400 Mark monatlich. Der „medizinische Dienst“ der Krankenkassen entscheidet, wer pflegebedürftig ist.

Mit Härtefallregelungen will Blüm den Verdacht entkräften, durch diese „Reform“ kämen neue beträchtliche Lasten auf die Sozialhilfe zu. Von der Selbstbeteiligung der Versicherten sollen solche mit einem Monatseinkommen bis zu 1.232 Mark brutto von der Eigenleistung ausgenommen werden. Der Satz erhöht sich für die mitversicherte Ehefrau um 462 Mark und pro Kind um 308 Mark. Bei chronisch Kranken soll eine Härteregelung gefunden werden, die die Eigenleistung auf maximal zwei Prozent ihres Bruttoeinkommens beschränkt. Aber Vorsicht: in dieser Frage kommt es schon sehr auf's Detail an, ehe die Sozialämter aufatmen können. Und die Details sind noch nicht festgelegt.

Alles in allem: Blüms Kostendämpfung ist zu einer Patientenbestrafungsaktion großen Stils entartet. Die Versicherten haben das jetzt schon gemerkt. Wie anders wäre sonst der Drang der Versicherten, noch in diesem Jahr das Gebiß sanieren, die Brille erneuern, die orthopädische Hilfe überprüfen lassen, zu erklären? So sozial unausgewogen war noch keine der schrecklichen „Reformen“ Blüms. Hier wird ein Hieb gegen das Solidarprinzip im sozialen Sicherungssystem geführt, der ohne Beispiel ist. Der Endpunkt der Operation ist jetzt schon abzusehen:

Die privaten Lebensversicherer erhalten eine neue Klientel und in den Konzernen der Versicherungswirtschaft arbeitet man schon an den Tarifen für eine private Zusatzversicherung gegen das Selbstkostenrisiko in der gesetzlichen Krankenversicherung.

(-/20.4.1988/rs/ks)

Auf richtige Fragen jetzt die Antworten geben

Ein Aufruf, die Lafontaine-Diskussion zu überwinden und zum Thema zurückzukehren

Von Horst Peter MdB

Die Diskussion über die Thesen von Oskar Lafontaine zur Arbeitszeitverkürzung und Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit hat sich inzwischen weit vom eigentlichen Thema entfernt. Es hat sich eine abstrakte Bekenntnisdiskussion pro und contra Lafontaine entwickelt; „Lafontaine“ wurde zu einer imaginären Scheidelinie zwischen „Lafontainern“ und „Anti-Lafontainern“. In dieser verworrenen Frontstellung sehen manche die Gelegenheit gekommen, alte Rechnungen zu begleichen. Wenn Oskar Lafontaine die von ihm begonnene Diskussion als Offensive gegen die Arbeitslosigkeit verstanden hat, so wird die „Truppe“ SPD jetzt von nach innen gekehrten Glaubenskämpfen geprägt.

Man tritt niemanden zu nahe, wenn man jetzt sagt, der konkrete Vorschlag Oskar Lafontaines ist jetzt schon Historie. Lafontaine hat wichtige Fragen gestellt, jetzt müssen endlich die Antworten gegeben werden. Diese Antworten müssen konkret die Erwartungshorizonte der Betroffenen aufnehmen. Politik darf keine trügerischen Hoffnungen entfachen, die nicht erfüllbar sind und zur Resignation und Apathie der Hoffenden führen.

Kehren wir zu dem von Oskar Lafontaine aufgeworfenen Thema zurück, wenden wir uns dem Thema Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wieder zu, und denen, die dafür ein Mehr an Verantwortung tragen.

Es bedarf dabei einiger Klarstellungen:

1. Es ist „Aufgabe“ der Gewerkschaften - und dabei Ausdruck und Ergebnis ihrer Kampfstärke - den ökonomischen Verteilungsspielraum auszuloten und auszuschöpfen. Die Größe dieses Spielraums drückt sich in einer Geldsumme aus, gleichgültig ob der Spielraum zu Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen oder zu einer Mischung aus beiden Komponenten genutzt wird. Die Schwierigkeit der Ermittlung des Spielraums besteht darin, daß es neben den beiden objektiv meßbaren Größen Arbeitsproduktivität und Inflationsausgleich um die von der Stärke der Tarifparteien abhängige Größe „Umverteilung des Ertrags“ geht. An dem Maße des über den Produktivitätszuwachs und der Teuerung hinausgehenden Anteils des Ertrags, der von den Gewerkschaften durchgesetzt wird, bemißt sich der Zuwachs an Beschäftigung. Deshalb ist die Frage der Umverteilung zwischen Kapital und Arbeit die zentrale Umverteilungsfrage.
2. Im Rahmen des festgelegten Umverteilungsspielraums kann die Feindifferenzierung der konkreten Verteilung vorgenommen werden. Es ist dabei auch Aufgabe der Politik, mit politischen Eingriffen Raum zu schaffen für eine Erweiterung des Verteilungsspielraums.
3. Die Thesen Oskar Lafontaines stehen der Nutzung der Arbeitszeitverkürzung für eine gewerkschaftliche und politische Strategie zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und der konkreten Ausgestaltung einer Strategie, die Arbeitszeitverkürzung optimal in neue Beschäftigung umsetzen will, nicht im Wege, denn Lafontaine hat erneut bewußt gemacht, daß Arbeitszeitverkürzung notwendig und ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Es geht jetzt darum, festzustellen, wie wird und wie kann Arbeitszeitverkürzung in neue Arbeitsplätze umgesetzt werden. Angesichts der Realität der Tarifverhandlungen führt dabei der Streit über Höhe und Art des Lohnausgleichs ins Abseits. Hier muß jedoch die Möglichkeit zum Mißbrauch dieser Diskussion durch die Konservativen verstopft werden.

4. Eine besondere Situation ergibt sich im öffentlichen Dienst, da der Verteilungsspielraum nicht so leicht zu ermitteln ist und der Gesetzgeber entscheidet, welchen Anteil an Steuereinnahmen er für Beschäftigung einsetzen will. Aber es ist keineswegs so, daß die Einkommen und Arbeitszeit im öffentlichen Dienst beliebig von der Privatwirtschaft abgekoppelt werden können. Auch ist die Finanzausstattung der staatlichen Haushalte keine naturgegebene Größe, sondern Ausdruck der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft.

5. Notwendig ist tatsächlich eine Offensive für Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, für Arbeitszeitverkürzung, für Einkommensgerechtigkeit und gegen die Hierarchisierung von Arbeitsstrukturen. Dabei muß unterschieden werden, was ist Aufgabe der Gewerkschaften, was können die Gewerkschaften leisten, was ist Aufgabe der Politik, was kann die SPD leisten? Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit erfordert politische Entscheidungen. Ein Element ist die staatliche Beschäftigungspolitik die sowohl den Staat als Nachfrager, als Auftraggeber oder als Garant sozialstaatlicher Dienstleistungen versteht.

Der Gesetzgeber muß begleitende Maßnahmen beschließen, damit von vereinbarter Arbeitszeitverkürzung möglichst viel in zusätzliche Beschäftigung umgesetzt werden kann.

Der Gesetzgeber muß dafür sorgen, daß Arbeitszeitverkürzungen nicht mit dem Übel Überstunden unterlaufen werden können. Mit einem Arbeitszeitgesetz kann dem wirksam begegnet werden. Mögliche vereinbarte Arbeitsplatzzuwächse müssen durch Änderung des Tarifvertragsgesetzes und mitbestimmungspolitische Maßnahmen in der Umsetzung kontrollierbar und damit gesichert werden. Eine tariffähige Personalplanung wäre dann auch Gegenstand einer mitbestimmungspolitischen Offensive. Flankierende Maßnahmen des Staates außerhalb der Lohnarbeitssektors, mit denen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können, wären Ergänzungsabgabe und Arbeitsmarktabgabe, deren beschäftigungswirksame Allokation besonders dann gegeben wäre, wenn die aus diesen Abgaben geschöpften Mittel zur Stärkung der kommunalen Finanzen verwandt werden. Dort können Beschäftigungseffekte am schnellsten erzielt werden und die Bürger erfahren dort schnell und konkret, wie ihre Solidaropfer eingesetzt worden ist.

Am Ende der Diskussion über die Thesen von Oskar Lafontaine, wenn jetzt zur Diskussion einer sozialdemokratischen Politik gegen die Massenarbeitslosigkeit übergegangen wird, muß im Nachhinein angesichts des Ursprungs und des Verlaufs der Diskussion über Lafontaines Thesen gefragt werden, ob wir es uns in der Zukunft leisten können, und das ist eine Aufgabe für die sozialdemokratischen Arbeitgeber im öffentlichen Sektor, die Positionsbestimmungen der öffentlichen Arbeitgeber den Zimmermännern und Frau Breuels zu überlassen. Es ist jetzt zu spät, aber vor der jetzt abgeschlossenen Tarifrunde im öffentlichen Dienst in die Diskussion eingebracht, wäre der Vorschlag von Lafontaine ein interessanter Beitrag von der Seite der sozialdemokratischen Arbeitgeber gewesen.

Für die Zukunft bleibt nun die Forderung, daß alle politischen und staatlichen Entscheidungen am Ziel des Abbaus der Arbeitslosigkeit orientiert, alle Entscheidungen auf die arbeitsmarktpolitischen Folgen geprüft werden müssen. Dabei sind Sozialdemokraten besonders dort gefordert, wo Sozialdemokraten die Mehrheit haben.

(-/20.4.1988/rs/ks)

Das Geschäft mit den Genen

Der Wettlauf um die Entschlüsselung der menschlichen Erbanlagen hat eingesetzt

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung und Technologie

Die Hoffnung, die Gentechnologie könne schnell und breit zu kommerziellen Zwecken genutzt werden, ist einer realistischeren Einschätzung gewichen. Das Bundesforschungsministerium hat unlängst in einer Zwischenbilanz des Programms Biotechnologie festgestellt, daß das Tempo kommerzieller Nutzung der Gentechnologie langsamer als angenommen ist. Da wird nun versucht, an einer ganz anderen Stelle die Gentechnik-Euphorie wieder zu beleben. Ein neues „Manhattan“-Projekt, das eine „Revolutionierung unseres Wissens“ verspricht, wird weltweit vorbereitet: Die vollständige Erfassung der menschlichen Erbanlagen.

Professor Walter Gilbert von der Harvard-Universität hat als erster das Rennen aufgenommen. Er hat die Firma „Genome Corporation“ gegründet, die eine Karte des menschlichen Genoms erarbeiten soll. Sie soll künftig von jedermann zu erwerben sein. Mit 300 Millionen Dollar hofft er spätestens in zehn Jahren am Ziel zu sein und mit dieser Idee ein Geschäft machen zu können.

Auch das amerikanische Energieministerium (DOE) bereitet sich auf eine Teilnahme am Wettrennen vor: Eine Beraterkommission des DOE hat grundsätzlich einen Vorschlag gebilligt, innerhalb der nächsten sieben Jahre eine Milliarde Dollar für die Erstellung einer Karte des menschlichen Genoms auszugeben. Für den Bundeshaushalt 1988 in den USA sind bereits einige Millionen Dollar vorgesehen.

Die Japaner sehen in dem Genkarten-Projekt sogar schon eine industriepolitische Dimension. Staatliche Stellen haben dort in Kooperation mit den Firmen Juji und Seiko eine automatische DNA-Sequenziermaschine entwickelt. Diese Maschinen haben die Idee der menschlichen Genkarte plötzlich von der Ebene der Utopie auf die Ebene eines machbaren Projektes geschoben. Wodurch konnte man besser die High-Tech-Qualität japanischer Sequenzier-Automaten demonstrieren als durch einen Erfolg im Genkarten-Wettrennen? Eine Kommission der staatlichen japanischen Agentur für Wissenschaft und Technik ist denn auch dabei, ein detailliertes Forschungsprogramm zu erarbeiten, das Teil des MITI-Programms Human Frontiers Science Programm werden soll.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland sind im Rahmen der Deutschen Forschungsgemeinschaft erste Projekte begonnen worden. Sie stehen am Anfang dieses Weges. Es handelt sich um die im Einzelfall durchaus sinnvolle Suche nach Genen, deren Defekt schwere, nicht beherrschbare Krankheiten auslöst. Es ist aber zu befürchten, daß schon sehr bald auch die Bundesrepublik Deutschland in den Wettlauf einsteigt, wo unter Einsatz automatischer Analysegeräte der Drang, Erster zu sein, alle berechtigten Zweifel am Nutzen einer vollständigen Analyse des menschlichen Genoms beiseite schieben wird. Diese Kritik wird zumindestens in Amerika heute noch von Wissenschaftlern öffentlich geäußert.

Es ist dringend erforderlich, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Wissenschaftler, insbesondere die DFG und die Max-Planck-Gesellschaft, die Kirchen und die Politik die Diskussion über den Sinn der Erstellung einer vollständigen Karte des menschlichen Genoms aufnehmen und dabei die Frage beantworten, ob wir Menschen nicht hier zu unserem eigenen Schutz den grenzenlosen Forscherdrang setzen müssen. Sonst wird die Wissenschaft im maßlosen Erkenntnisdrang uns allen unerhörte Versuchungen bescheren, ehe wir Maßstäbe verantwortlichen Handelns entwickelt haben.

(-/20.4.1988/rsf/ks)

Wir trauern um Lotte Lemke

Zum Tod der langjährigen Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt

Von Anke Fuchs MdB
Bundesgeschäftsführerin der SPD

Ein erfülltes Leben, das im Dienste der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege, der sozialen Gerechtigkeit und des demokratischen Sozialismus stand, ist zu Ende gegangen. Lotte Lemke, langjährige Vorsitzende und Ehrenvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt in der Bundesrepublik, Mitglied des Seniorenrates, ist im Alter von 85 Jahren am gestrigen Dienstag verstorben.

Vor sieben Jahrzehnten kam Lotte Lemke über die Sozialistische Arbeiterjugend zur SPD. Ihre Tätigkeit für die Benachteiligten, die Schwachen nahm sie 1926 als Kreisfürsorgerin im Landkreis Calau-Niederlausitz auf, unter der Leitung von Wilhelm Käber. Im Jahre 1929 wurde sie auf Empfehlung von Marie Juchacz, der Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt, zur Geschäftsführerin gewählt; Anerkennung und Herausforderung zugleich für die junge Sozialarbeiterin.

Die Arbeiterwohlfahrt war zu der Zeit ein Teil der SPD und wurde erst 1945 ein politisch unabhängiger Wohlfahrtsverband. 1933 führte die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zur Auflösung der Arbeiterwohlfahrt beziehungsweise zur Überführung in die „NS-Volkswohlfahrt“ unter gleichzeitiger Beschlagnahme des Vermögens und zur Enteignung der Einrichtungen und Heime. Alle Mitarbeiter des Hauptausschusses wurden fristlos entlassen.

Die Zeit der Illegalität begann. Lotte Lemke half in Zusammenarbeit mit Alfred Nau und den engsten Mitarbeitern aus dem Büro des Hauptausschusses beim Ausbau eines Vertriebsapparates, dessen Aufgabe die Verteilung des illegalen „Prager Vorwärts“ war. Ein Waschmittel- und Haushaltsbedarfsgeschäft diente mehr als ein Jahr der erfolgreichen Tarnung. Dann fielen sowohl Lotte Lemke als auch Alfred Nau der Gestapo auf. Verhöre, mehrfache „Schutzhaft“ waren die Folgen.

Lotte Lemke wurde zur Schlüsselfigur in der illegalen Bewegung der SPD. Alfred Nau schrieb in einem Artikel zu ihrem 60. Geburtstag: „Als wir Lotte Lemke riefen, kam sie sofort. Sie übernahm die risikvollste Tätigkeit: den Kurierdienst zwischen Berlin und Prag, bereitwillig, ohne Zögern. Kein Hinweis auf die Gefährlichkeit dieser Aufgabe hielt sie ab. So wurde sie unsere Gefährtin, unser bester Kamerad. Unzählige Male führte sie der Weg nach Prag und zurück nach Berlin. Als später die Verschärfung des Kampfes erhöhte Vorsicht und Umsicht gebot, gaben wir die Überbringung von schriftlichen Berichten auf. Dank Lottes phänomenalem Gedächtnis wurde das Geschriebene durch das Gesprochene glänzend ersetzt.“

Als nach Beendigung des Krieges die Arbeiterwohlfahrt aus dem Nichts wieder aufgebaut werden mußte, stand Lotte Lemke zur Verfügung. Sie wurde 1946 zur Geschäftsführenden Vorsitzenden und 1953 zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Von 1965 bis 1971 war sie Vorsitzende und bis zu ihrem Tod Ehrenvorsitzende.

Lotte Lemke bekleidete in den langen Jahren ihrer Tätigkeit zahlreiche Ehrenämter. Ihr wurden in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland hohe Auszeichnungen verliehen. Ihr fachlicher Rat war weltweit hoch geschätzt.

Die Arbeiterwohlfahrt war Lotte Lemkes Lebensaufgabe. Ihr vorbildliches Engagement stand unter dem Motto „Humanitäres Handeln aus politischer Verantwortung“. Die deutsche Sozialdemokratie und die freie Wohlfahrtspflege sind ihr zu Dank verpflichtet. Wir stehen in ihrer Schuld. Lotte Lemke war uns ein Vorbild. Wir sind traurig darüber, daß sie nicht mehr unter uns ist.

(-/20.4.1988/rs/ks)

* * *